

ORF.at-„Wahlstimmen“-Interview mit Pamela Rendi-Wagner, SPÖ

„Wahlstimmen“-Frage

Ich möchte jetzt die Frau Rendi-Wagner fragen, wie sie das jetzt machen will, dass sie Bundeskanzlerin wird. Und sie ist ja eine Medizinerin, und warum ist sie als Medizinerin weggegangen, wenn sie schon gewusst hat, klarerweise, die SPÖ sind Streithanseln.

Gerald Heidegger, ORF.at: Frau Rendi-Wagner, Bruno Kreiskys Lieblingsautor, Robert Musil, hat ja immer gesprochen vom... vom Wirklichkeitssinn und vom Möglichkeitssinn. Welcher Sinn liegt denn Ihnen am nächsten?

Pamela Rendi-Wagner: Ich bin voll mit beiden Beinen in der Wirklichkeit und im Leben, aber versuche, das, was möglich ist, wirklich werden zu lassen, also zur Realität werden zu lassen. Und hab mir immer Ziele gesteckt, für die ich gekämpft habe. Und als Ärztin, und das wurde jetzt gerade angesprochen, mein Beruf Ärztin - und das ist, glaube ich, kein Zufall, dass ich Ärztin bin von meiner Profession her, weil es war immer eine Sache, die mich angetrieben hat - nämlich die Gesundheit der Menschen zu verbessern und irgendwann bin ich dann draufgekommen: Ich kann noch viel mehr für das Leben und die Gesundheit der Menschen tun, wenn ich in die Politik gehe. Weil die Gesundheit zum Beispiel auch oder ganz stark beeinflusst ist vom Bildungsstand der Menschen. Wie viel soziale Sicherheit die Menschen haben... wie viel ökonomische Sicherheit die Menschen haben. Das sind die wichtigen Dinge.

ORF.at: Wir kommen auf das noch zu sprechen. Aber der Mann hat ja, glaube ich, ein bisschen darauf angesprochen, warum Sie sich das... warum Sie sich das antun vielleicht auch.

Rendi-Wagner: Weil es um wirklich was Wichtiges geht. Um unsere Zukunft in Österreich und ich war auch in Tirol und ich war viel in Vorarlberg und in ganz Österreich unterwegs und genau... die Menschen haben mir da ja so wirklich eindringlich gesagt, das, was uns stark gemacht hat als Österreich in den letzten Jahrzehnten. Und das war der Zusammenhalt, das war das Gemeinsame und das Miteinander. Und das ist etwas, woran ich extrem glaube, dass wir dort wieder hinmüssen, dass wir sagen: Wir als Österreicherinnen und Österreicher müssen zusammenarbeiten und Leute - alle Menschen - mitnehmen, wenn wir hier zusammenarbeiten und jeder und jede hat ihre Rolle in diesem Projekt und dazu braucht es Chancen und Sicherheit. Und da kommt die Politik ins Spiel. Die Politik muss diese Chancen - die gerechten Chancen - allen Menschen geben, damit sie Teil dieses großen Ganzen werden, und ich glaube daran, dass die Sozialdemokratie die Partei ist, die für diesen Ausgleich, für dieses Gleichgewicht sorgt und dieses Miteinander in den Mittelpunkt stellt. Das ist wie im Leben: Wenn eine Gruppe oder eine Familie zusammenhält, ist sie stärker als wenn sie streitet.

ORF.at: Danke jedenfalls, dass Sie sich Zeit genommen haben für das Wahlstimmen-Format. Stichwort Bevölkerung: Wir haben die Menschen gefragt - von Feldkirch bis Mattersburg - sind kreuz und quer durch Österreich gefahren und wollten von den Menschen wissen: Wie betrifft sie Politik, was sind die Anforderungen - auch bei dieser Wahl. Und was wir festgestellt haben, ist, dass fünf große Themenblöcke herausgekommen sind - Themenblöcke, die oft ein bisschen anders sind, anders gelagert sind als das was wir im politisch-medialen Diskurs diskutieren und fünf dieser Themenblöcke möchten wir und haben wir allen Spitzenkandidaten vorgelegt und möchten sie auch mit Ihnen diskutieren. Und drei persönlich ausgewählte Fragen an Sie gibt es dann am Schluss. Und der erste große, durchaus umstrittene Themenblock war das Thema Klima.

„Wahlstimmen“-Fragen

Also ich finde, die neue Regierung - wie auch immer die dann ausschauen soll - soll eine CO2-Steuer einführen als Umweltmaßnahme.

Es ist genau wie mit die Abgase oder... oder ist wurscht was, und... und dann wird da so ein Theater gemacht. Die... die Rindviecher, die Furze, die die Rindviecher lassen, das... das ist schädlicher als die ganzen Autos und die Flugzeuge, die fahren. Ich meine, so viel deppert... ich glaube... ich glaube... das glaube ich einfach nicht. Also sollen wir jetzt bei jeder Kuh einen Katalysator raufmachen und die Flieger lassen wir oben fliegen? Ich meine, das ist etwas, was für mich nicht nachvollziehbar ist.

Ich sage nur Stichwort „Schwedengreter!“, ja. Ich glaube, dass das Thema Klimawandel überwertig im Augenblick dargestellt wird. Es lenkt eher von dem ab, worum es wirklich geht.

ORF.at: Frau Rendi-Wagner, bis 2030 sollen wir doch um ein Drittel weniger Treibhausgase emittieren. Wie kommt man da konkret hin und wie nimmt man die Skeptiker auch mit?

Rendi-Wagner: Ich glaube, wir müssen alle Menschen mitnehmen. Wir dürfen da niemand zurücklassen und dürfen nicht einen Bereich gegen den anderen ausspielen. Und es braucht eine Klimapolitik, die dort hinschaut, wo die großen CO2-Verschmutzer sind - im Bereich des Verkehrs sind das die großen, schweren LKWs. Das ist der Schwerverkehr auf den Straßen und deswegen habe ich gesagt: Dort möchte ich eine Klimamaut, eine kilometerabhängige Klimamaut, und zwar nicht nur auf den Autobahnen, wie wir es jetzt schon haben, sondern auf allen Landstraßen und Gemeindestraßen. Das wären etwa 600 Millionen Euro, die ich alleine durch diese Klimamaut in einen Klimaschutzfond als Geld bekäme für notwendige andere Investitionen im Bereich des Klimaschutzes. Das wäre das Erste und ich könnte einen Lenkungseffekt erreichen, dass ich sage: Mehr Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu bekommen. Weil dort produziert es natürlich viel, viel weniger CO2 und damit ist es eine viel saubere Verkehrsfortbewegung. Und für die Menschen, die tagtäglich im Verkehr unterwegs sind, müssen wir den Nahverkehr ausbauen. Es braucht in ganz Österreich mehr

Bahnnetzwerke, es braucht mehr öffentlichen Verkehr - ich war in Regionen von Österreich unterwegs - im Waldviertel, im Südburgenland, auch in der Obersteiermark - da gibt es keinen Personenverkehr mehr, Zugverkehr. Klar wird jetzt nicht jede Gemeinde in Österreich am Ende... ein... wird kein Zug fahren, das... aber wir können uns bemühen, noch mehr auszubauen, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, umzusteigen auf die sauberen Verkehrsmittel, auf die Öffis. Und dann habe ich gesagt: Es braucht ein Klimaticket. Es braucht ein Klimaticket, das leistbar ist, für ganz Österreich, für alle öffentlichen Verkehrsmittel - um drei Euro am Tag. Die Schweiz hat so ein ähnliches Modell, das funktioniert seit Jahren sehr sehr gut und viel mehr Leute als in Österreich fahren dort mit dem Zug. Dort will ich hin, damit das Auto nicht mehr attraktiv und die Menschen selbst umsteigen: leistbar machen, möglich machen. Und schnell in diesen Ausbau kommen. Und für die Pendlerinnen und Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, die müssen wir unterstützen mit Anreizen auch - wenn die Möglichkeit gegeben ist - auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen durch einen Pendlerbonus, Klimabonus. Das sind so die Dinge, die ich einmal im ersten Schritt als notwendig erachte - wir müssen schnell ins Tun kommen, wir haben keine Zeit, hier zuzuwarten, lange zu reden, wir müssen handeln. Und auf internationaler Ebene braucht es - aus meiner Sicht - eine internationale CO₂-Besteuerung der großen Schwerindustrie, die sehr große CO₂-Emissionen hat. Dort müssen wir genauer hinschauen. Und die Flugzeuge wurden erwähnt, ist natürlich auch ein Bereich. Wir wissen, das Kerosin ist nicht besteuert - das ist nicht gerecht. Also über eine Kerosinbesteuerung muss man tatsächlich nachdenken.

ORF.at: Sie haben gesagt, die LKWs... eine LKW-Steuer. Glauben Sie nicht, dass die Menschen dann Angst haben, dass ihre Lebensmittel teurer werden, weil es wird auch nicht in jede Region ein LKW-Transport auf die Schiene verlagerbar sein.

Rendi-Wagner: Nein, ist wichtig. Das ist eine wichtige Frage, dass man sich das anschaut. Ich habe mir das angeschaut. Da gibt es Studien dazu, die berechnen, dass maximale Gefahr... dass das umgewälzt wird auf den Preis von Lebensmittel, ist im Bereich von 0,1 Prozent des Preises. Und ich habe die Schweiz erwähnt: Die Schweiz hat diese LKW-Maut seit - glaube ich - mehr als 20 Jahren und auch dort ist es zu keinen Preissteigerungen gekommen. Wir müssen den Mut haben, Schritte zu setzen und zwar nicht auf dem Rücken von Pendlern und Pendlerinnen, die sowieso schon wenig haben. Die quasi angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen mit dem Auto, und keine andere Möglichkeit haben, als mit dem Auto zu fahren... und dort ansetzen, wo die großen - sage ich - Stinker auf der Straße sind, das sind die großen schweren LKWs. Und das ist nicht nur ein CO₂-Problem, das ist auch ein Feinstaubproblem, das ist ein Unfallrisikoproblem und das ist auch ein Lärmproblem, das ich damit lösen kann.

ORF.at: Großes Thema war auch in den verschiedensten Ausformungen die Frage von Wohlstand, Leistbarkeit von Wohnen und auch da haben wir wirklich durchs ganze Land sehr vielfältige Stimmen bekommen.

„Wahlstimmen“-Fragen

Gerade in Vorarlberg ist Wohnraum ein riesengroßes Thema durch die Nähe zu Liechtenstein und zur Schweiz. Und leistbares Wohnen ist kaum mehr möglich.

Für mich ist das Allerwichtigste, was die Regierung in Österreich zu machen hat, das ist die Armut in Österreich. Es gibt so viele arme Menschen in Österreich, die unter dem Existenzminimum leben, die von der Mindestsicherung, von der Sozialversicherung abhängig sind - trotz Arbeit.

Ich bin Verkäuferin. Eine Verkäuferin steht bis 19, 20 Uhr im Verkauf. Der Kindergarten geht bis halb fünf, fünf. Ja, soll ich mir nachher das Kind auf den Rücken schnallen? Da ist nichts da. Und so fangen die ganzen Dilemma an. Und meiner Meinung sollte da viel mehr gefordert werden.

Dass wieder mehr im Vordergrund steht, dass man für den Wohlstand, dass es uns gut geht. Dass man was leisten muss - das ist für mich sehr wichtig. Das heißt aber nicht, dass ich denen, die Hilfe benötigen, keine vergönne.

ORF.at: Das WIFO hat ja jüngst in einer Studie festgestellt, dass sozusagen Sozialtransferleistungen die Armutsgefährdung schon zurückdrängen. Die Frau am Ende hat ein Wort in den Mund genommen, das Sie am Anfang auch schon erwähnt haben, nämlich das Wort „Gerechtigkeit“. Wann ist... Wann sind denn Sozialleistungen treffsicher und wann werden sie auch gerecht empfunden von denen, die arbeiten?

Rendi-Wagner: Fangen wir bei der Arbeit an, weil das war ja im ersten Teil des Statements der Frau am Schluss. Dass wir wirklich dafür Sorge tragen müssen, dass jemand, der Vollzeit zum Beispiel arbeitet, 40 Stunden arbeitet, dass der gut von diesem Vollzeitjob leben kann. Das ist vor dem Hintergrund der Preissteigerungen im Wohnbereich - auch das war jetzt ein Thema und die sind eklatant, die sind extrem, die Preissteigerungen bei Mieten, siehe Westösterreich, vor allem Vorarlberg, Tirol, ganz stark betroffen. Und auch, wenn man in den Supermarkt geht: Da wird das Brot teurer, die Milch, alles verteuert sich und das Leben wird immer teurer. Das heißt, wir müssen auch schauen, dass jemand, der wenig verdient, aber 40 Stunden arbeiten geht, muss trotzdem gut davon leben können, deswegen verlange ich einen Mindestlohn. Es braucht einen Mindestlohn für einen 40-Stunden-Job und das sind 1.700 Euro, die ich fordere, die ein ganz großer Teil meines Pakets, meines Arbeitspakets sind. Und darüber hinaus auch die Steuerfreiheit, die steuerliche Entlastung von 1.700 Euro aller Gehälter - da profitieren nicht nur die Angestellten, da profitieren natürlich auch die Klein- und Mittelunternehmer - ganz wichtig. Weil das ist eine steuerliche Entlastung, von denen auch die kleinen, mittleren UnternehmerInnen entlasten. Ja, und wir müssen natürlich auch dorthin schauen für die, die noch weniger haben, die vielleicht nicht arbeiten können. Die Teilzeit arbeiten müssen wie Frauen mit Kindern - die wurden auch erwähnt. Und die es nicht schaffen in einigen Regionen, ganztägige Kindergartenbetreuung zu finden. Da musst du mehrere Schrauben drehen. Erstens musst du dafür sorgen, und das ist einer meiner ganz großen Inhalte, eine Ausbauoffensive ganztägiger Kindergartenbetreuung in Österreich. Ich

war erschrocken, wie ich durch Österreich gefahren bin die letzten achteinhalb Wochen, in Regionen zu kommen, wo mir die Frauen berichten, dass sie keinen Kindergarten finden, der nach ein Uhr nachmittags noch geöffnet hat. Und wenn es Betreuung gibt, dann kostet die oft 400 Euro im Monat pro Kind. Das ist inakzeptabel. Warum bestraft man Frauen dafür, dass sie arbeiten gehen wollen, wenn sie Mütter sind? Das muss möglich sein, Familie, Kind, Beruf unter einen Hut zu bringen. Da braucht es Kindergärten, die länger als 13 Uhr geöffnet haben, die mindestens neun Stunden geöffnet haben, wenig Schließtage im Sommer haben. Das ist das Eine. Und das Zweite: Es braucht Unterstützungen im... Mindestsicherung, Sozialhilfe neu. Wir wissen, da wurde von der letzten Regierung viel verändert und vor allem dahingehend, dass Menschen mit Behinderung und vor allem Kinder künftig schlechter gestellt sind. Und das sind 70.000 Kinder, die hier betroffen sind von dieser neuen Sozialhilfe der türkis-blauen Regierung. Von denen zum Beispiel verlangt wird, dass sie von 1 Euro 50 am Tag - das ist die Sozialhilfe für das dritte Kind von Mindestsicherungsbeziehern - leben können. Das ist nicht menschenwürdig. Wir schicken diese 70.000 Kinder in ein chancenloses Leben und ich sage, wir dürfen kein einziges Kind in der Armutsfalle lassen. Wir dürfen kein einziges Kind zurücklassen, wir müssen jedes Kind in Österreich mitnehmen in die Zukunft und jedes Kind hat das Recht, Chancen zu bekommen mit seinem Fleiß, mit seiner Leistung auf ein selbstbestimmtes, gutes, glückliches Leben. So wie ich es gehabt habe - trotz schwieriger Ausgangssituationen. Meine Mutter war 19 Jahre Alleinerzieherin, das war eine schwierige Ausgangssituation und ich habe es geschafft, weil sie eine leistbare Wohnung hatte - und das Wohnen wurde erwähnt. Ganz wichtig, wir müssen leistbares Wohnen schaffen durch einen Gemeindebau, das war bei meiner Mutter der Fall und mir, durch einen Job, den sie gehabt hat, durch gute Schulen, die ich im öffentlichen Bereich hatte, und ich konnte meinen Traumberuf Ärztin ergreifen. Und diese Chancen müssen wir allen Kindern und Jugendlichen von heute auch geben.

ORF.at: Weil Sie jetzt gesagt haben Gemeindebau. Ist das jetzt nicht sehr vom... vielleicht auch ein bisschen sehr vom Osten her gedacht und wenn wir jetzt... weil Sie angesprochen haben, dass das Wohnen auch im Westen sehr teuer ist, wollte ich Sie fragen: Braucht es... braucht es einmal bundeseinheitliche Standards bei der Wohnbauförderung? Braucht es überhaupt so etwas wie mehr Kompetenzen, die beim Bund liegen in dieser... in der Frage gerade der Förderung des Wohnens? Wie sehen Sie das?

Rendi-Wagner: Ich glaube nicht, dass es eine Kompetenzfrage ist, sondern einfach hinzuschauen, wo das Problem ist. Zwei Dinge: Die Mieten sind zu hoch, Wohnen ist zu teuer. Und da habe ich einen Vorschlag gemacht: Weg mit der Mietensteuer von zehn Prozent. Damit wird Wohnen automatisch billiger um zehn Prozent, das ist eine ganze Monatsmiete weniger im Jahr. Das ist viel Geld für viele Familien. Weil gerade in Tirol, in Vorarlberg haben mir die Familien berichtet, dass sie fast die Hälfte ihres Familieneinkommens nur mehr für das Wohnen ausgeben - da bleibt nicht viel zum Leben. Das ist inakzeptabel. Und ich sage, für die, die eine Eigentumswohnung haben oder die ein Haus haben, nicht mieten, da muss es auch Unterstützung geben in Form eines steuerlichen Wohnbonus. Das sind circa 500 - circa in der

Größenordnung von 500 Euro im Jahr Eine steuerliche Erleichterung. Und weg mit den Maklergebühren. Gerade für junge Menschen ist das so wichtig, die zum ersten Mal ausziehen von zuhause, in die Stadt ziehen, weil sie dort eine Lehrstelle haben, weil sie dort studieren und sich dort eine Wohnung suchen.

ORF.at: Was heißt weg mit den Maklern? Wird die Makler nicht sehr freuen, wenn sie keine Maklergeb...

Rendi-Wagner: Na, weg von den MieterInnen. Derzeit zahlen Mieter und Mieterinnen die Maklergebühren.

ORF.at: Und die sollen die Vermieter zahlen?

Rendi-Wagner: Die sollen die Vermieter zahlen. Weil es ist oft eine riesige finanzielle Hürde für Junge, aber auch natürlich für Familien, die sich neue Wohnungen suchen. Das heißt, wir müssen einmal die Preise runterbringen und dann müssen wir schauen, dass es genug Wohnraum gibt. Weil je kleiner die Verfügbarkeit von Wohnmöglichkeiten und Wohnungen ist, desto höher ist der Preis. Deswegen will ich auch gezielte Investitionen in den geförderten Wohnbau, in den sozialen Wohnbau. Zum Beispiel Wien ist hier... Sie haben die Ost-Perspektive genannt... und das ist die Wiener Perspektive. Da leben zwei Drittel aller Wienerinnen und Wiener im geförderten Wohnbau und die Mieten sind so niedrig wie in keiner anderen Stadt - großen, größeren Stadt - in Österreich. Viel niedriger als in großen Städten wie London, viel niedriger - ein Drittel von Paris. Und das hat alles Name und Adresse. Das ist gute Wohnbaupolitik der letzten Jahrzehnte, der sozialdemokratischen Stadtpolitik.

ORF.at: Weil Sie es angesprochen haben - die Jungen. Dass Jung und Alt und vor allem, dass sich die Jungen artikulieren, ist uns aufgefallen. Das war das dritte große Thema bei uns auf der Wahlstimmen-Tour.

„Wahlstimmen“-Fragen

Wir brauchen mehr junge Menschen, und das ist auch eine Sache, die mich an der Kurz-Politik halt angesprochen hat, dass es einfach viele... dass ich das Gefühl habe, es kommen viele junge Menschen zu Wort.

Ja wichtig ist auf jeden Fall, dass... dass wir die Schulbildung gut unterstützen. Sagen wir, in Bezug auf die Kinder - schon im Vorschulalter. Ich habe das bei mir gemerkt: Ich bin - wie ich nach Frankreich gegangen bin, konnte ich kein Französisch, ich konnte relativ wenig Englisch. Es sollten die Kinder eigentlich im Vorschulalter schon anfangen, dass sie mindestens die englische Sprache mit einbilden.

Die Meinung der Jugendlichen oder jüngeren Generation mit einzubeziehen und nicht zu sagen: „Die haben eh keinen Tau! Wählen ab 16 ist Schwachsinn - soll man wieder ab 18 machen.“ Weil dann wäre die Frage: Sollte man ab 60 nicht mehr wählen dürfen?

ORF.at: Die SPÖ hat jetzt ihre... ihre... doch ihre Hauptwählerklientel, sagen wir einmal, bei den ... bei den älteren Menschen, auch bei den Pensionisten. Meine Frage an Sie: Wie... Braucht es nicht eine Politik für die Jungen und vor allem wie spüren die Jungen das dann - nicht nur symbolisch, aber auch symbolisch, und vor allem natürlich jetzt im Hinblick auf den Generationenvertrag.

Rendi-Wagner: Also die Sozialdemokratie war immer, ist und wird immer sein, eine Bewegung, die für alle Bevölkerungsgruppen Politik macht und eine laute Stimme ist. Das sind die Pensionistinnen und Pensionisten auf der einen Seite, aber das sind vor allem die arbeitenden Menschen auf der anderen Seite und natürlich auch die Kinder und die Jugendlichen. Warum? Warum gerade Kinder und Jugendliche? Weil die Chancengerechtigkeit, und das ist im Zentrum sozialdemokratischer SPÖ-Politik, die Chancengerechtigkeit beginnt am ersten Tag des Lebens. Es ist wichtig, wie Kinder aufwachsen. Wie sicher sie aufwachsen, welche sicheren Lebensumstände sie haben und wie groß ihre Chancen sind, die man ihnen gibt. Und das beginnt am ersten Tag und das zieht sich dann über ihre gesamte Kindheit und Jugend hinweg. Und da haben wir ganz klare Ansagen für die Jugend, dass wir sagen, wir wollen natürlich eine Ausbauoffensive der Kindergärten, der ganztägigen Kindergartenbetreuung, einen Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr. Und ich sage das deswegen, weil das wichtig ist, weil die Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die Bildung beginnt bereits in der Elementarpädagogik, in den Kindergärten. Und das stärkt die Kinder für den späteren, schulischen Erfolg in der Schule. Das stärkt die Kinder in ihrer sozialen Kompetenz - in dem Leben miteinander, im gesellschaftlichen Miteinander. Und das stärkt die Kinder - ich bin Ärztin, ich habe mir das auch in Studien angeschaut, was das gesundheitlich... was für gesundheitliche Auswirkungen Kindergarten auf Kinder hat: Kinder, die ganztägig betreut werden im Kindergarten, haben bessere Gesundheit, wachsen gesünder auf. Also selbst gesundheitliche Benefits und Vorteile gibt es aus dem... aus der ganztägigen Kindergartenbetreuung. Und dann geht das natürlich weiter dann mit den Bildungseinrichtungen. Was wir brauchen, sind mehr Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der Schulen - da gibt es derzeit zu wenig. Ich sage, es braucht 5.000 mehr Pädagoginnen und Pädagogen an Österreichs Schulen. Und es braucht mehr ganztägige Schulangebote. Das ist etwas, was ich auch will, um die Chancen der Kinder zu erhöhen. Und für die Jungen - und das zeigt uns „Fridays for Future“... die Jungen denken ganz massiv an ihre Zukunft, sie sagen, was Sache ist. Sie stellen ihre Forderungen und sagen: Ihr seid verantwortlich für unsere Zukunft und so sehe ich das auch. Ich bin Mutter zweier Kinder, ich denke mir oft: Welchen Planeten - und das hab ich nicht erst jetzt, sondern die Gedanken habe ich schon vor ein paar Jahren gehabt - welchen Planeten hinterlasse ich meinen zwei Kindern? Und welche Verantwortung habe ich dabei? Und deswegen muss Klimapolitik, Umweltpolitik ganz oben auf der politischen Agenda stehen und wir müssen endlich handeln. Und das gemeinsam. Und da müssen wir alle mitnehmen. Und natürlich das Wohnen ist ein Thema, das nicht nur

Familien betrifft, Pensionisten betrifft, sondern gerade junge Leute, die sich zum ersten Mal eine Wohnung suchen, selbstständig wohnen und leben wollen, die müssen wir unterstützen mit leistbaren Mieten und deswegen sage ich weg mit der Mietensteuer, damit gleich eine Senkung um zehn Prozent gegeben ist.

ORF.at: Aber Sie haben vorher auch angesprochen, Sie reden mit Ihren Kindern... Reden Sie mit Ihren Kindern auch schon über Pensionen? Oder was sagen Sie jungen Leuten - naja, die fragen ja auch nach, wie wird das eines Tages einmal sein, auch wenn es weit entfernt ist... Wie bleibt dieses System...?

Rendi-Wagner: Pensionssystem?

ORF.at: Pensionssystem finanzierbar? Ganz kurz, wenn es geht.

Rendi-Wagner: Ja ganz... Ist ein ganz... ist eine ganz komplexe Materie. Aber ganz kurz - ich glaube, die Antwort kann ich kurz halten: Ich habe jetzt im Zuge der letzten Wochen auch mich natürlich viel mit dem Pensionssystem beschäftigt, weil wir gerade die Pensionserhöhungen beschlossen haben, die notwendig und im Gesetz stehen und aus meiner Sicht auch gerecht sind, weil würdiges Altern muss in einem Land wie Österreich möglich sein - wir sind das fünftreichste Land weltweit. Aber ich habe kürzlich eine Zeitung gefunden und Sie werden es nicht glauben: aus dem Jahr 1959. Und da war ein Zeitungsartikel, der hat gelautet...

ORF.at: Ich frage jetzt nicht, wo man das findet, aber okay.

Rendi-Wagner: Ich kann Ihnen das zukommen lassen, aber da war eine Zeit... die Überschrift: Wie lange können wir uns das Pensionssystem noch leisten? Also diese Diskussion, wie leistbar uns der... das Pensionssystem ist, ist so alt wie das System selbst.

ORF.at: Das mag ja sein, aber letztlich gibt es ja unänderbare Fakten, die Gesellschaft wird Gott sei Dank immer älter. Muss man... wird man jungen Leuten sagen: Ja ihr werdet sicher in Pension gehen, aber wahrscheinlich länger arbeiten müssen als noch wir beide.

Rendi-Wagner: Wir haben ein... wir haben ein stabiles Pensionssystem, das ist finanziell ausfinanziert, das ist stabil. Es haben sich sogar die... der Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist derzeit ungefähr sechs Prozent, das ist sogar runtergegangen, also es ist sogar etwas weniger geworden im Vergleich oder in Relation zu unserer Wirtschaftsleistung. Wir müssen uns keine Sorgen machen. Aber die zwei wichtigsten Dinge für ein gut finanziertes und sicheres Pensionssystem oder für sichere Pensionen ist, dass wir eine hohe Beschäftigungsquote haben - möglichst wenig Arbeitslose. Weil je mehr Menschen arbeiten, desto sicherer ist natürlich, dass unser Pensionssystem, das ja ein Umlagensystem ist, auch finanziert wird. Und der zweite Punkt ist: möglichst hohe Löhne. Weil je höher der Lohn, desto höher der Anteil des...

der in den Pensionstopf fließt, das ist ja ein prozentueller Anteil. Das sind - glaube ich - 1,78 Prozent, die hier abgezogen werden. Das sind die zwei Faktoren. Und deswegen hängen diese Dinge ja alle zusammen, wir dürfen die Pensionsdebatte nicht isoliert führen von einer Arbeitsmarktdebatte, von einer Lohn- und Einkommensdebatte. Das hängt alles zusammen. Je mehr Menschen in Österreich einen Job haben und gut verdienen, desto mehr fließt in die Pensionen und desto sicherer sind die. Deswegen muss man immer schauen, die Arbeitslosigkeit tief zu halten, gerechte, faire hohe Löhne zu schaffen - das ist gleichzeitig eine Gerechtigkeit für die arbeitenden Menschen und eine Absicherung für unser Pensionssystem. Und ja, ich bin der Meinung, wir haben die letzten 60 Jahre ein stabiles Pensionssystem gehabt und es ist sicherer, als das, was noch vor zehn Jahren unter Schwarz-Blau eingeführt wurde. Oder zumindest propagiert und beworben wurde. Sie wissen - Thema Privatpensionen. Damals hat man gesagt: Jeder soll eine Privatversicherung für die Pension abschließen - diese Pensionssysteme haben nichts gebracht für die, die sie abgeschlossen haben. Da gibt es Berechnungen, dass du über 90 Jahre alt werden musst, wenn du mit 35 die Versicherung abschließt, damit es sich am Ende für dich rechnet. Das ist nicht fair, das ist wirklich Sand in den Augen von vielen Menschen, deswegen kümmern wir uns um ein staatlich ... dass das weiterbesteht... ein staatlich abgesichertes und finanziertes umlagenbasiertes Pensionssystem. Das hat die letzten Jahrzehnte gut funktioniert und es wird auch weiter funktionieren.

ORF.at: Wir haben das nächste große Thema schon ein bisschen in verschiedenen Punkten gestreift - Verkehr und Regionen. Das ist den Leuten sehr... vor allem im Innersten von Österreich sehr am Herzen gelegen, aber natürlich auch im Westen.

„Wahlstimmen“-Fragen

Im Außerfern wird oft diskutiert, braucht man die Fernpassstrecke? Soll man Alternativen finden?

Also es ist auch ein schöner Schmäh, wenn uns die Politik erzählt, wir sollen alle mit der Eisenbahn fahren. Wenn wir alle fahren, wird es beim Pendeln zusammenbrechen.

Also wenn ich jetzt irgendwo hin müsste aus meiner Heimatgemeinde, dann hätte ich es eigentlich schwer ohne Auto. Ich wäre an einem Bahnhof, wo ein Zug nur einmal in der Stunde fährt.

Es gibt in Mattersburg rundherum genügend Einkaufszentren, die allerdings nur mit eigenem PKW erreicht werden können. Am Land ist man da ja benachteiligt, weil man ja nicht so ein öffentliches Netz zur Verfügung hat. Da vermisse ich einfach, dass irgendetwas Konkretes einmal gemacht wird.

ORF.at: Wir haben jetzt schon über den Verkehr geredet und auch über die Situation rund um Wien und sozusagen Verkehrsverbünde und ähnliches. Liegt das Problem nicht oft - eine Dame hat es angesprochen zu ihrem lokalen Ort - darin, dass die Orte oft

selber schon so zersiedelt sind, dass die ... dass die Menschen eigentlich, um einkaufen zu gehen, ins Auto steigen müssen, weil es einfach in der Stadt kein Geschäft mehr gibt. Und was dann eigentlich... in der Gemeinde... ja in der Gemeinde, im Ort.. kein Geschäft mehr gibt. Und was kann und muss der Bund dort tun?

Rendi-Wagner: Ja, das ist etwas, was ich auch in meinen letzten Wochen, aber auch in den Monaten davor immer wieder entdeckt habe in Österreich, dass die Land-Stadt-Flucht schon ziemlich stark fortgeschritten ist und die Zersiedelung des Landes passiert ist. Und allein die Landwirtshäuser oder Gasthäuser haben sich in den letzten 20 Jahren halbiert. Das ist ein Alarmsignal, weil das zeigt, dass es gar nicht mehr dieses klassische Land- und Gemeindeleben in einigen Regionen mehr gibt, weil so viele Menschen in die Stadt gehen. Und da muss man sich die Frage stellen: Warum ist das so? Und ein Thema und ein Problem ist, was die Menschen hier jetzt gerade angesprochen haben: Das ist der öffentliche Verkehr, der in einigen Regionen gar nicht vorhanden ist und deswegen das Leben dort sehr viel schwieriger macht, die Leute aufs Auto angewiesen sind. Und gerade die darf ich mit einer CO2-Steuer nicht bestrafen. Weil alle die, die jetzt gesprochen haben, haben keine Alternative zum Auto, um zu ihrer Schule zu kommen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen, um zum Arzt zu kommen, um in den Kindergarten zu fahren - die würde ich mit einer CO2-Steuer ungerechtfertigt, so wie andere Parteien sie vorschlagen, bestrafen und belasten. Das will ich nicht. Das heißt, wir müssen zuerst ausbauen, öffentlicher Verkehr. Nicht überall wird es einen Zug geben, aber dann braucht es Elektroautos, Elektrotaxis. Dann braucht es Busse, die in die Regionen fahren. Und das belebt die Region, macht sie wieder lebenswerter, Stärkung des ländlichen Raumes. Wir müssen extrem stärken. Und dann zusätzlich zum Verkehr braucht es eine gute medizinische und gesundheitliche Versorgung in den ländlichen Regionen. Und viele Gemeinden - auch in Vorarlberg - finden keine Hausärzte mehr. Das ist gefährlich, das ist eine gefährliche Entwicklung...

ORF.at: Ich versuche jetzt trotzdem beim Thema Verkehr zu bleiben. Viele Leute sagen ja auch, dass im... Transit... also vor allem als wir in Reutte waren, haben die Leute natürlich eine, eine Not gehabt - die haben gesagt: Wir werden hier überrollt! Was kann man den Menschen sagen, die gerade in diesen Transitschneisen leben und was können Sie denen anbieten?

Rendi-Wagner: Das ist ein Problem, weil diese LKWs sind mehr geworden. Und die regen sich alle mit Recht auf, weil das ist nicht nur eine Umweltbelastung, das ist eine gesundheitliche Belastung. Das ist eine Lärmbelastung und dem muss man entgegenwirken. Und deswegen habe ich auch im Rahmen meiner... meines Klimaschutzpakets diese kilometerabhängige Klima-LKW-Maut verlangt, die genau das bewirken soll, dass weniger LKWs auf der Straße fahren und mehr auf Züge umsteigen. Das wäre der Lenkungseffekt, da einfach Bestrafen der LKWs, die auf den Landstraßen fahren, die auf den Gemeindestraßen fahren und genau das Problem verursachen, das die Tiroler, das die Vorarlberger mit Recht aufgrund der Transitbelastungen hier beklagen.

ORF.at: Das fünfte große Thema war das Miteinander im Land. Das war eigentlich fast das größte Thema, muss man sagen, das wir... das wir... dem wir begegnet sind.

„Wahlstimmen“-Fragen

Ach ich habe gar kein Gefühl mehr, weil ich - glaube ich - gar nicht mehr wählen gehe. Ich mag nicht mehr.

Ich glaube, die Leute sehnen sich nach einer Stabilität.

Ich glaube, dass... dass Österreich jetzt wirklich sich entscheiden muss, in welche Richtung dass es tendiert. Ja, ist es jetzt wirklich bei der EU oder wollen wir eher so Orban-mäßig quertreiben?

Ich empfinde die Wahlkampfkosten ja enorm. Und was man da zum Beispiel Geld im Wahlkampf fließt, was man sonst das Geld ja nicht haben, gell?

Verantwortung übernehmen sollte man schon können, wenn man so ein Amt übernimmt. Und zu Dingen stehen und nicht alle zwei Minuten... „Ach so, hab ich das falsch verstanden“... ich meine, sie reden sich einfach ständig raus. Leben funktioniert so nicht. Weil jede Freundschaft geht den Bach runter, wenn ich so mit meiner Freundin tu... Einen Tag Hü, einen Tag Hott... einmal weiß ich es, einmal weiß ich es nicht. Dann sagt sie irgendwann: „Du, es tut mir leid, mit dir kann man nicht befreundet sein.“ Und so geht es mir mit den Politikern.

Dieser ganze Wahlkampf ist eigentlich unerträglich. Diese Schuldzuweisungen, diese Slogans, ich glaube, ganz viele in meinem Bekanntenkreis wollen das gar nicht sehen.

ORF.at: Frau Rendi-Wagner, wir sind jetzt am Ende eigentlich dieses Wahlkampfes schon, wir haben viele TV-Duelle hinter... hinter uns. Wie vermittelt man den Menschen mehr Miteinander? Manchmal habe ich das Gefühl, Politiker sind eigentlich in der Lage - wenn man sie so im Alltag sieht - mehr miteinander zu reden, nur medial vermittelt sich das nicht oder braucht man dieses „Hier stehen wir und da stehen die anderen“ - diese klaren Fronten?

Rendi-Wagner: Also es ist das, was ich auch am stärksten gespürt habe aus all den Gesprächen, die ich geführt habe in den letzten Monaten, dass vor allem auch die Älteren sagen: Wir wollen wieder das Miteinander in den Mittelpunkt stellen. Das, was uns stark gemacht hat in der Vergangenheit, soll auch wieder in der Zukunft unser Erfolgsgeheimnis sein. Dieses Aufeinander Schauen, uns als Gemeinschaft verstehen und nicht diese Hetze und die Spaltung im Land haben, dieses Ausspielen von Gruppen gegeneinander, wo einzelne Bundesländer gegeneinander ausgespielt wurden, wo Alt gegen Jung, Reich gegen Arm ausgespielt wurde, Arbeit... arbeitende Menschen gegen Arbeitslose - das darf nicht sein. Wir sind immer nur so stark, wie wir zusammenhalten. Und da hat die Politik natürlich die Aufgabe, mit gutem Vorbild voranzugehen, zweifelsohne. Ich denke, dass das zentrale

Momentum ist, dass wir die Verantwortung haben, das Miteinander im Sinne Österreichs auch in der Politik zu leben und - egal wie diese Wahl ausgeht - aber am Ende des Tages muss es ... darf es keine Fortsetzung der letzten 18 Monate sein. Weil es war eine Politik der Spaltung, es war eine Politik der Hetze und eine Vergiftung unseres gesellschaftlichen Lebens. In unserem Land ist es kälter geworden, es ist kälter geworden, atmosphärisch, aber auch emotional, und ich glaube, dass genau das ist, was uns nicht stark macht für die Zukunft. Deswegen braucht es einen Politikwechsel.

ORF.at: Aber was könnten Sie da tun? Konkret, dass die Leute das spüren? Was... was... was... Was ist ein Vorschlag, den Sie zur Beseitigung dieser Kälte unterbreiten?

Rendi-Wagner: Dass wir für einen Ausgleich stehen. Dass ich zum Beispiel auch sage: Es braucht einen Ausgleich in Österreich, dass wir alle mitnehmen. Dass wir 70.000 Kinder, die durch die Sozialhilfe neu der letzten Bundesregierung - Thema Stichwort Mindestsicherung - in eine Perspektivenlosigkeit geschickt werden, dass wir das nicht zulassen. Dass wir sagen: Diesen 70.000 Kindern - egal, wie dick die Briefbörse ihrer Eltern ist - denen müssen wir eine Chance geben, weil es... sie sind Teil von ...von unserer Gemeinschaft und sie sind Teil unserer Zukunft. Dass wir sagen, Bildung darf nicht einigen wenigen Guten... Gute Bildung darf nicht einigen wenigen vorbehalten sein, sondern Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. Für die Kinder, aber auch für unser Land. Weil die Kinder sind unsere Zukunft. Klima. Ich glaube nicht, dass wir einzelne Leute bestrafen müssen mit Steuern, sondern wir müssen gemeinsam sagen: Wie leisten wir die Klimakrise? Und: Eine faire Entlastung der arbeitenden Menschen, die durch Steuern extrem belastet sind. 80 Prozent aller Steuern zahlen die arbeitenden Menschen monatlich durch die Einkommenssteuer. Da braucht es eine Steuergerechtigkeit und ich habe die Millionärsabgabe ab einer Million gefordert, um diesen Ausgleich auch herzustellen.

ORF.at: Das heißt, Sie setzen auf die Themen - ich glaube, sie haben die Menschen, aber auch so ein... so ein ... so ein kulturelles Miteinander angesprochen. Und...

Rendi-Wagner: Ich bin jemand,... ich bin... Ich bin in die Politik gegangen genau mit diesem Anspruch. Ich bin in die Politik gegangen, weil ich sage: Es macht... Der Ausgleich schafft Stabilität. Wenn wir uns alle ernst nehmen, wenn wir allen die gleiche Chance geben und das... dass den sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich hier so gestalten zwischen Dienstgebern und Arbeitnehmern, zwischen Stadt und Land - es muss immer ein Ausgleich an Interesse sein. Und am Ende muss es in unserem Gesamtinteresse sein, was als Produkt rauskommt. Das macht uns stark und wir müssen als Politiker und Politikerinnen so professionell sein, dass wir eine saubere Politik machen, dass wir untereinander...

ORF.at: Aber suchen die Menschen nicht den Menschen hinter dem Politiker? Wir sind jetzt auch rausgefahren zu den Menschen, das dauert... ich meine, das dauert schon, ins Gespräch zu kommen und man muss die Menschen einladen und ist das nicht eigentlich ein Faktor, der...

Rendi-Wagner: ... zu kurz kommt. Das ist etwas, wo ich gesagt habe: Eigentlich darf man nicht nur im Wahlkampf unterwegs sein, sondern es muss Aufgabe aller Politiker sein, in regelmäßigen Abständen quasi das Gespräch zu suchen und zuzuhören, sich Zeit zu nehmen. Und ich bin ganz selten wohin gefahren - bis gar nicht - und habe nur eine Rede gehalten. Ich bin meistens dann noch ein, zwei Stunden dort gesessen, habe mich an die Tische gesetzt und mit den Leuten einfach geredet über ihr Leben. Über ihre... Und viele haben gesagt, sie haben Angst vor der Zukunft. Weil sie Angst haben, im Stich gelassen zu werden. Ältere, wenn sie pflegebedürftig sind, oder weil sie Angst haben, ihr Hausarzt geht in Pension und sie werden nicht mehr gesundheitlich betreut. Wir dürfen all diese Menschen nicht alleine lassen und im Stich lassen, und vor allem: Wir müssen zuhören. Und die Politik hat nur eine Aufgabe: Die Probleme der Menschen zu lösen und sich nicht mit sich selbst zu beschäftigen.

ORF.at: Stichwort zuhören - wir kommen an die persönlichen Fragen an Sie. Und die erste Frage kommt aus Zwettl zum ländlichen Raum.

„Wahlstimmen“-Frage

Wie werdet ihr in Zukunft den ländlichen Raum sehen und für ihn arbeiten, ohne nicht nur Lippenbekenntnisse zu haben, sondern wirklich konkrete Projekte auf die Reihe zu bringen und nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch wirklich bis hinaus in die Dörfer?

ORF.at: Haben Sie mit der SPÖ nicht ein bisschen ein Imageproblem im ländlichen Raum, dass Sie sehr als Partei der Städte gesehen werden?

Rendi-Wagner: Also nochmal: Wir sind weder eine Partei nur der Jungen oder nur der Alten oder der Stadt oder des Landes, weil es braucht die soziale Gerechtigkeit sowohl im ländlichen Raum als auch in der Stadt. Also deswegen sehe ich diese... diese.. dieses Vorurteil nicht. Aber der ländliche Raum ist ein wichtiger Bereich, den müssen wir stärken. Da braucht es mehr Investitionen in den öffentlichen Verkehr, da braucht es mehr Investitionen in die Gesundheitsversorgung. Jede Gemeinde hat ein Anrecht auf einen Hausarzt, das ist ganz wichtig, weil der Hausarzt ein wichtiges Rückgrat der medizinischen, der Gesundheitsversorgung der Menschen ist. Man darf nicht von den Menschen verlangen, 60 Kilometer bis ins nächste Spital fahren zu müssen und dort stundenlang in einer Ambulanz zu warten. Das will ich nicht und deswegen habe ich hier ein eigenes Konzept gegen den Hausärztemangel vorgelegt, der ermöglicht, dass alle Menschen in allen Gemeinden einen Hausarzt wirklich zur Verfügung haben. Da will ich Stipendiensysteme, Landarztstipendien einführen, die attraktivieren, dass Mediziner und Medizinerinnen nicht nur in der Stadt bleiben, sondern aufs Land gehen, nicht ins Ausland gehen, sondern hier bleiben. Und es braucht auch für die jungen Frauen und für die Familien Anreize im ländlichen Bereich, dass sie Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen, weil oft in den ländlichen Regionen kaum Kindergärten ganztägig zur Verfügung stehen. Das ist ein riesen Problem. Weil die ziehen dann in die Stadt, weil dort gibt es den Kindergarten, aber in den Gemeinden nicht. Auch das muss geändert werden. Es braucht in allen Gemeinden eine ganztägige

Kindergartenbetreuung und ich will, dass alle Familien einen Rechtsanspruch haben auf eine ganztägige Kinderbetreu... gartenbetreuung ab dem ersten Lebensjahr auch - und gerade auch - in den ländlichen Regionen.

ORF.at: Eine Frage, die uns aus dem Süden Österreichs erreicht hat, ist unsere zweite Frage an Sie.

„Wahlstimmen“-Frage

Liebe Frau Rendi-Wagner, warum war das notwendig, dass man die ganze Regierung stürzt, wenn nur ein oder zwei Politiker etwas machen, was nicht richtig war? Warum stürzt man dann eine ganze Regierung, die eigentlich in meinen Augen nicht so schlecht funktioniert hat?

ORF.at: Was glauben Sie, ist dieser Misstrauensantrag, ist das zu einem Malus im Wahlkampf geworden?

Rendi-Wagner: Nein, es war notwendig in dieser Regierungskrise, in die uns dieses Ibiza-Video der türkis-blauen Regierung geführt hat, rasch verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Und es war notwendig, rasch wieder Stabilität in Österreich herzustellen, weil es war eine unsichere Situation. Und der erste, wichtige Schritt, um zu Stabilität zu kommen, ist eine unabhängige Expertenregierung, die keine Farbe hat, die keine Parteifarbe hat. Sondern die sagt: Wir sind Expertinnen und Experten, wir sind neutral und bis zur Neuwahl schaffen wir Stabilität und Ruhe. Und es ermöglicht den ersten wichtigen Schritt, damit dieses schreckliche Ibiza-Video mit allen Inhalten, die dort gezeigt wurden, aufgeklärt wird. Die Menschen in Österreich haben ein Recht, dass das unabhängig aufgeklärt wird und deswegen war es notwendig, eine unabhängige Expertenregierung sozusagen in Österreich in die Regierung zu heben, damit die diese unabhängige Aufklärung ermöglicht. Und darum ging es. Das andere war eine ÖVP-Alleinregierung und das ist nicht im Sinne der Stabilität gewesen. Dieser Regierung hat man in der Form nicht mehr vertraut, das Parlament hat die nötigen Mehrheiten für diese... für diese vorgeschlagene Regierung von Sebastian Kurz nicht mehr zur Verfügung gestellt, weil - aus den bekannten Gründen - weil das Vertrauen erschüttert war nach diesem Video. Und deswegen hat man gesagt, es braucht schnell Unabhängigkeit, Aufklärung bis zur Neuwahl.

ORF.at: Diese Frau aus Zell am See hat eine - würde ich einmal sagen - sehr zentrale und grundsätzliche Frage für sich zu dieser... zu dieser Wahl am 29. September.

„Wahlstimmen“-Frage

Liebe Frau Rendi-Wagner! Warum soll ich am Sonntag zur Wahl gehen? Ich bin enttäuscht von der Politik in Österreich und von Vorkommnissen, die das Land zerrüttet haben. Warum soll ich Sie wählen?

ORF.at: Frau Rendi-Wagner?

Rendi-Wagner: Weil es um eine entscheidende Frage am 29. geht. Es ist eine Zukunftsfrage, in welche Richtung unser Land nach dem 29. September geht. Ich will alles daran setzen, dass die letzten 18 Monate dieser Ibiza-Koalition, dieser schwarz-blauen Koalition nicht fortgesetzt wird. Warum? Weil es eine Politik der Spaltung und der Hetze unseres Landes ist und unser Klima des Miteinanders, unser gesellschaftliches Klima vergiftet. Und damit schwächt. Damit schwächt es jeden Einzelnen von uns und es schwächt unser Land. Wir brauchen - gerade in Zeiten wie diesen, wo wir große Herausforderungen haben: Das ist die Klimakrise, das ist... wir werden immer älter, wir müssen die Gesundheitsversorgung der Zukunft sichern, die Pflege sichern, die Pensionen sichern, die Digitalisierung meistern... Die... Da braucht es einen Zusammenhalt. Da müssen wir alle zusammenarbeiten. Die letzte Regierung hat das nicht gemacht, die hat viel angekündigt und am Ende Politik am Rücken der arbeitenden Menschen gemacht. Da wurde der 12-Stunden-Tag eingeführt, ohne mit irgendjemand gesprochen zu haben. Da wurde eine Sozialversicherung zerschlagen, die eine Milliarde Euro kostet - diese Zerschlagung. Das wird fehlen im Gesundheitssystem.

ORF.at: Aber ich frage jetzt noch einmal für die Dame aus Zell am See, die uns vor der Kamera nämlich gesagt hat, dass sie eigentlich sonst eher ins Lager der Nicht-Wähler tendiert. Wie verlieren wir diese Menschen nicht in dieses Lager?

Rendi-Wagner: Sie soll wählen... genau... Weil mit ihrer Stimme gestaltet sie ihre Zukunft und unsere Zukunft. Und ich sage: Es braucht eine starke SPÖ, um zu verhindern, dass wir die Politik der letzten 18 Monate der Ibiza-Koalition nach dem 29. wieder in Österreich haben. Das gilt es zu verhindern. Weil es ist eine Politik, die asozial, also die für den sozialen Abbau steht. Die Schwächere noch schwächer macht. Die nicht redet, die drüberfährt, die spaltet, die hetzt. Wir brauchen in Österreich eine Politik des Miteinanders. Eine Politik des starken Österreichs, nämlich wirtschaftlich stark, sozial stark und ökologisch stark. Österreich kann es viel besser als in den letzten 18 Monaten. Und deswegen soll sie wählen gehen und wenn sie nicht will, dass die Politik der letzten 18 Monate fortgesetzt wird, dann ist die beste Lösung, sozialdemokratisch zu wählen.

ORF.at: Ob Sie diese Frau überzeugt haben und viele andere, wir werden sehen am 29. September. Frau Rendi-Wagner, ich danke Ihnen fürs Kommen.

Rendi-Wagner: Dankeschön.